

wenden die Gepaltene Kolonialstelle oder deren Raum mit 30 Bfg. ...

Erscheint täglich einmal, Sonntags und Montags diinnal.

Redaktion und Haupt-Verwaltung: Halle, S. 24, D. 24, D. 24, D. 24.

Saale-Beitung.

Vierrundbierziger Jahrgang.

Bezugspreis für Halle vierteljährlich bei postmaler Anweisung 2,50 M., durch die Post 2,75 M., ausl. Zustellungsgebühr.

Nr. 585.

Halle a. S., Donnerstag, den 15. Dezember.

1910.

Deutscher Reichstag.

Die erste Lesung des Etats. — Der Versuch des schwarz-blauen Blocks, die Minorität zu vergewaltigen! — Der Schlußantrag abgelehnt!

101. Sitzung, Mittwoch, den 14. Dezember.

Am Tische des Bundesrates: Wermuth, Deibred, von Heering, Visca.

Eingegangen ist die Interpellation der fortschrittlichen Volkspartei auf Aufhebung der Zündwarensteuer.

Präsident Graf Schwerin eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 15 Minuten.

Die erste Lesung des Etats. (Fünfter Tag.)

Abg. Dr. Heinze (nl.): Herr Erzberger hat in seiner letzten Rede über alles Mögliche geredet und besonders uns als politische Hinterwäldler hingestellt.

die große Bedeutung Preußens

eine weiteres an. Preußen kann nicht so regiert werden wie ein kleiner föderativer Staat.

Wortlos nach Ostpreußen?

Das ist die Antwort auf das Vorgehen des Bundes der Landwirte, der uns aus unserem in schwerem Kampfe gegen die Weissen er-

wordenen alternativen Besch verdrängen will; wir mühten ja Schwächlinge sein, wenn wir das nicht täten!

Wir wollen die Fortführung der Sozialpolitik. Aber wir wollen die sozialpolitischen Einrichtungen nicht der Sozialdemokratie aussetzen; das gilt für die Arbeitsämter, bezüglich der Arbeitsvermittlung, das gilt für die Krankenkassen.

Wir danken dem Staatssekretär für den Etat. Er ist erst durch das Zustandekommen der Finanzreform ermöglicht worden.

Abg. Raab (wtrifl. Bg.): Die Einkünfte vom Bloß und dem Zinsen Wilno große Tränen nach. Früher stand man mit Wilno nicht so gut.

Abg. Raab: Ich und die Mehrheit meiner Freunde haben für die Erblichkeitssteuer gestimmt.

Vieleicht weil unter ihren Führern noch mehr Juden sind als bei den Liberalen. (Heiterkeit rechts und im Zentrum.)

Abg. Raab (in entrüstetem Tone): Nein! (Große allseitige Heiterkeit.) Es wird sich ja nichts ändern.

Abg. Raab: Einen Rat an die Sozialdemokraten. Der Abg. Raab hat gesagt: es könne noch bei uns so kommen wie in Portugal.

Der Präsident teilt mit, daß ein Schlußantrag eingegangen ist. Die Unterfertigung für den Antrag reicht aus.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fortschritt. Volksp.) zur Geschäftsverbarung: Es ist im höchsten Grade bedauerlich, daß die einzige Gelegenheit, die für das deutsche Parlament besteht,

Ich bin ja erst kurze Zeit Mitglied des Hauses, aber ich weiß von älteren Mitgliedern, daß die Staatsbedarfen auf diese Weise nicht abgelehnt wurden.

Abg. Dr. Wiemer (Volksp.): Ich beantrage namentlich die Abstimmung über den Schlußantrag.

Die Konventionen und das Zentrum geben weiße Ja-Stimmen ab, während die Reichspartei mit den Parteien der Linken, der Wirtschaftlichen Vereinigung und den Polen rote Ja-Stimmen abgibt.

Abg. Sped (Bz.) beantragt, die Sitzung zu vertagen. (Märche und Gesäher links.) — Der Antrag wird abgelehnt.

Abg. Dr. Wölme (b. l. Fr.): Der Redner kann sich lange in der Urunde des Hauses nicht verdrängen lassen.

benennen Ursache auf der rechten Seite der Abg. Pauli. Potsdam: Reichelt. Die Sozialdemokraten verlangen förmlich einen Ordnungsruf.

Präsident Graf Schönerling: Der Ausdruck Verlogenheit ist unglücklich. Ich nehme an, daß Sie ihn nicht auf den Redner bezogen haben, sondern auf Vorgänge draußen.

Hg. Wöhme: Beifälligkeiten sind nur konventioneller Seite erfolgt. Ich war selbst eine Art Anknüpfung nach einer Besinnung zu zwei hoch konservativen Bieren. Ich bin dem Reichstag dafür, daß er die bisherige Schulpolitik weiter führen will. Das Vorgehen des Bundes der Landwirte gegen die Industrie ist nicht staatsmännlich. Bei der Festlegung der Futtermittelpreise hat der Bund der Landwirte eine Prämiierung der Großgrundbesitzer durchgeführt, aber nicht im Interesse der Bauern gehandelt. (Sehr richtig! b. d. Klaff.)

Hg. Dr. Müller-Meinungen (Sp.): Mein, Reichstagsmitglied hindert mich, mich mit Herrn Raab noch weiter einzulassen. Berlin besteht die Tätigkeit seiner Jürgerepatei eigenständig. Die Herren können sich gegenseitig nieder. Die politische Situation wird durch nichts besser befähigt, als durch das Auftreten Erzbergers. So ließe ich das Zentrum. Es kann nichts passieren in Europa, Amerika, am Nord- oder am Südpol, worüber Herr Erzberger nicht sein Gutachten abgibt. (Heiterkeit.) Ich erinnere an die schweren Angriffe Erzbergers gegen die Reichsregierung. Ich erinnere an die parlamentarischen Diskursen. Als politischer Gegner sehen wir ihn gern, aber unerschrocken ist er nach seiner Vergangenheit als moralischer Feind. (Sehr Zustimmung links.) Er sprach von der Verlogenheit des Bundeslandes, ohne den Gehalt eines Beweises einzubringen. Auf Verlogenheit will ich nicht näher eingehen. Aber das Material ist da, in welcher Weise z. B. der sog. „dumme Punkt“ im Leben unseres Freundes Wagner behandelt worden ist. Das war ein Skandal, eine Gemeinheit. (Sehr richtig! links.) Die soziale Finanzreform des schwarzblauen Blocks! Kränken da die einzelnen Parteien mit der verhassten Zinsbolschei zusammen. Das Zentrum weiß offenbar gar nicht, was es mit der „lojalsten“ Finanzreform bei der armen Bevölkerung des bairischen Waldes anstellt. Sie wollen den Vorwurf nicht fort, daß Sie eine hohe egoistische Steuerpolitik gemacht haben. (Sehr Beifall links.) Das Zentrum treibt eine brutale, anrüchliche Politik. Willow ist gegennützlich, weil er sich nicht dem Geiste der Zeit anpassen wollte. Das liberal-konservative Handelsgeheimnis blüht überall. Denken Sie an den Wohlstand und die Sorge über die Vermögen der Euphrat. Einen Vorbertrag hat sich die Regierung bei der Auseinandersetzung mit dem Ratifizieren nicht erworben. Herr v. Hertling hat erklärt: Wir drängen uns nicht an den Thron. In wie nichtsnutziger Weise hat man nicht gegen den Fürsten Willow gearbeitet. Etel und Bedrückung erkaufte einen, wenn man dieses Treiben sieht. Erzberger hat einen Mann, der sich hier nicht verzeihen kann, Herrn Dernburg, Einzelritze verlegt. Der tote Wille wird ihm noch zu schaffen machen. Es bedient den Chindorfs der Heudelei, die in die Annahme der sozialdemokratischen Unterführung in Rabiau-Waldau vorzumerken. Zwischen uns und den Sozialdemokraten klafft eine Weltangst. (Lachen im Zentrum.) Da, über die Sozialisten und Schriftgelehrten. (Große Heiterkeit.) Dem Reichstagler kann ich nur sagen: Wie sich Angst in der rücksichtslosen Bewegung drin. (Sehr richtig! links.) Der Reichstagler wiederholt den Sammlungsanruf. Aber niemandem arbeitet, will auch gleiche Rechte haben. Auch wir müssen Sammlungsgeheimnisse treiben. Der Kampf um das gleiche Recht, die Sammlung aller liberalen und demokratischen Elemente. Zurück auf die Schenke! Es lebe der rücksichtslose Kampf unter der Fahne des Fortschritts. (Stürmischer Beifall links; Jähren im Zentrum.)

Vizepräsident Schulz rief den Abg. Dr. Müller-Meinungen wegen des in bezug auf den Abg. Raab geäußerten Ausdrucks vom Reichstagsmitglied nachträglich zur Ordnung.

Hg. Groeber (Zr.): Die Rede des Dr. Müller-Meinungen bezeugt den schweren Verleger seiner Partei über den Verlauf der Finanzreform. (Beifall Zustimmung im Zentrum und rechts.) Der Freieinverlag, wenn es neue Steuern gibt. Der Abg. Groeber gebraucht gegen den Abg. Müller-Meinungen den Ausdruck Verleumdung, der Präsident rief, das Groeber weigert sich, den Ausdruck zurückzunehmen und erklärt nunmehr einen Ordnungsruf.

Hg. Groeber: Das ist eine Unterbrechung meines Sagens. (Große Unruhe.)

Vizepräsident Schulz: Das geht nicht, daß Sie in dieser Weise eine Beleidigung noch einmal wiederholen, nachdem sie schon gerügt worden ist.

Hg. Groeber wendet sich gegen den Abg. Schröder, und spricht über den Modernisierender. Der Abg. besteht sich nicht auf die staatliche Gewissensfreiheit, er ist ein Antis- und Dienstfeld des katholischen Geistes. Schröder hat nun geklärt, man müsse die Frage aufwerfen, ob ein Katholik, der einen solchen Eid überhaupt geleistet habe, überhaupt beim Staatsamt zugelassen werden könne. Das ist ein Verstoß gegen die Gleichberechtigung, die Grundlage des konfessionellen Friedens. Fort mit dem Kulturstamp und solchen Kulturstamp. (Beifall im Zentrum.)

Hg. Dr. Franz (Sog.): Der ganze theologische Streit beweist, wie notwendig die Trennung der Kirche vom Staate ist. Hat der Reichstag nichts Besseres zu tun? Der großen deutschen Arbeiterbewegung wollen Sie mit kleinlichen Ausnahmeregeln belohnen? Der Reichstagsler hoffe, eine Begründung für seine Fühne durch den Reichstagsler zu erhalten. Das war ihm unmöglich, darum war seine geistige Rede ein Rückschlag. Man wolle einen politischen Prozeß. Das Wort „moralische Schuld“ in diesem Zusammenhang gegen die Sozialdemokraten angewandt, ist un-moralisch und zeigt nicht von Verantwortungsgefühl. Alle Parteien sollten sich dagegen wenden, vor allem das Zentrum. Diese Partei will anscheinend nicht gern an jene Zeiten erinnern, als Bismarck ihr vorwarf, sie könne den Mörder Kullmann nicht von ihren Hochschulen abschließen und sie ihm ein Pfaui entgegenrief, genau so wie wir gekühen. (Beifall Zustimmung der Sozialdemokraten.) Der Redner wendet sich dann gegen Raab. Der sollte in seiner eigenen Partei den Erzberger spielen.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Die Ausführungen des Herrn Vorredners gipfeln darin, daß der Reichstagsler ein Ausnahmeregeln in Aussicht gestellt habe. Demgegenüber möchte ich feststellen, daß der Reichstagsler am Schluß seiner Ausführungen ausdrücklich erklärt hat, Fürst Willow habe mehrfach in diesem hohen Hause erklärt, Reich und Staat, Monarchie und Gesellschaft seien bei vollständiger Anwendung der Reichsgesetze in der Lage der Sozialdemokraten nicht imstande entgegenzutreten. Derselben Ansicht, so fuhr der Reichstagsler fort, bin auch ich. Vorhältnisse zu Ausnahmeregeln gehören nicht zu Ihnen nicht! Mit dieser Schlussfolgerung des Reichstagslers befindet sich auch der erste Teil seiner Rede im Einklang. Der Reichstagsler hat einmal gesagt, es erweise wünschenswert, daß bei bestimmten Verhältnissen nach dem Vorbild anderer Länder ein etwas rascheres Verfahren eintrete, als es bei uns zurzeit der Fall ist. Um dieses Ziel zu erreichen, hat aber der Reichstagsler überhaupt keine Vorlage in Aussicht gestellt.

Hg. Geering (Mitl.): Es ist mit unangenehm ausgefallen, wie Herr Groeber gegen den Herrn Schröder auftrat. Es hat mich peinlich berührt, daß er in dieser Weise gegen einen ehrwürdigen achtzigjährigen Abgeordneten handelte. Auch der Ton Erzbergers gegenüber einer Persönlichkeit wie Bassermann war ganz ungehörig. Wenn Herr Bassermann die Encyclopaedia pasendi wenig kennt, dann kennt sie Herr Erzberger noch weniger. Enzyklopädie ist keine angenehme Arbeit. Ich weiß nicht, wieviel der philologischen Bildung geht, Herr Erzberger, ob Sie sie besitzen haben. (Erzberger: Gewiß!) Haben Sie dann wieder besseres Wissen behauptet, daß gegen die Protestanten nichts darin liegt? (Hört! Hört!) Dabei wird darin gesagt, daß der Protestantismus zum Altheismus führt. (Hört! Hört!) Nun haben die katholischen Zeitungen einen von Bischof eingeleiteten Entschreiben erhalten. (Hört! Hört!) Also auch die „Germania“ und die „Katholische Volkszeitung“. Diese Abhängigkeit der deutschen Zentrumspresse von einer fremden Macht muß doch einmal von kulturell-sittlichen Standpunkte beleuchtet werden. (Sehr richtig! links.) Herr Erzberger hat auch eine Korrespondenz, Wahrscheinlich steht die auch unter einem Jenor.

H. Berlin, 14. Dez. (Privat-Telegramm.) Der Schlußantrag wurde angenommen, die Hauptteile des Etats an die Budgetkommission verlesen. Die nächste Sitzung findet am 10. Januar, 2 Uhr nachmittags statt. Auf der Tagesordnung war eine Interpellation über die Zinswarensteuer.

Deutsches Reich.

Annahme der Zuwachssteuer in der Kommission.

× Berlin, 14. Dez. (Priv.-Tel.) Die Reichswertzuwachssteuerkommission beendet heute die dritte Sitzung. Die Abstimmung ergibt (gegen die Stimmen der fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokraten) folgenden Beschluß: Der Zuschlag zum Umsatztempel wird neben der Zuwachssteuer bis zum 30. Juni 1914 fort-erhalten.

Ueber den Verlauf der Sitzung wird uns gemeldet: Die gestern abgeordnete Ausprache über die Fortsetzung des Zuschlags zum Umsatztempel neben der Zuwachssteuer wird fortgesetzt. Der Schahjeckler weiß erneut auf die Notwendigkeit hin, für die Balancierung des Etats erweiterte Einnahmen aus der Zuwachssteuer bereitzustellen. Deswegen ist eine Anrechnung des Zuschlags zur Umsatzsteuer auf die Zuwachssteuer nicht annehmbar. Die Wortführer des Zentrums und der Konventionen erklären sich vorbehaltlich ihrer endgültigen Stellungnahme damit einverstanden, auf die Anrechnung zu verzichten.

Der Vertreter der Volkspartei erkennt die Sorge des Schahjecklers um die Balancierung des Etats an, lehnt aber den Gedanken ab, daß der Mehrbedarf für 1910 bis 1914 ausschließlich zum Grundbesitz gedeckt werden soll. Nach der Finanzreform sollte der Grundbesitz einseitig des Anteiles des Staates und der Gemeinden mit 80 Millionen belastet werden; nach Annahme der Entwürfe der Konventionen und des Zentrums würden ihm 80 Millionen auferlegt werden. Eine so hohe Belastung des Grundbesitzes in Grundbesitzes könne auch für eine kurze Uebergangszeit nicht zugehen werden, sonst trete die Gefahr ein, daß der Umsatz anwähle und die zu hohen Steuern nicht die erwarteten Erträge bringende.

Der Schahjeckler erklärt gegenüber einer Bemerkung des fortschrittlichen Redners, es sei politisch nicht richtig, die Entscheidung der Budgetkommission vorzubehalten; diese könne doch keine neue Steuer anbieten. Die Stelle, die über die Beschaffung der Mittel beschließen müsse, sei die Zuwachssteuerkommission.

Der Vertreter der Nationalliberalen nimmt die gleiche Stellung ein wie Konventionen und Zentrum, behält also seine Parteifreunde die Stellungnahme im Plenum vor. Die Abstimmung ergibt folgenden Beschluß:

„Der Zuschlag zum Umsatztempel wird neben der Zuwachssteuer bis zum 30. Juni 1914 fort-erhalten. Bei Veränderungen, die in die Zeit vom 12. April 1910 bis 30. November 1910 fallen, bleiben Veräußerungen, bei welchen der Veräußerungspreis bei bedachten Grundbesitzes nicht mehr als 30 000 Mk. bei unbedachten Grundbesitzes nicht mehr als 15 000 Mk. betragt, für die Erhebung der Zuwachssteuer außer Betracht. Nach dem 30. Juni 1914 erfolgt von drei zu drei Jahren durch den Bundesrat eine Nachprüfung des Satzes des Umsatztempels, Uebersteigt innerhalb des dreijährigen Zeitraumes der durchschnittliche Jahresantrag des Reines am Ertrage der Zuwachssteuer den Betrag von 25 Mill. Mk., so ist der Umsatztempel für die folgenden 6 Jahre entsprechend herabzusetzen.“

Als Tag des Inkrafttretens des Gesetzes wird der 1. April 1911 festgelegt. Der Sinn dieser Vorrichtung ist, das neue Gesetz tritt am 1. April 1911 rückwirkend vom 12. April 1910 an in Kraft.

Die Aandirane.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Die Aandirfrage ist endgültig erledigt. Deutschland hat die erneute Anerkennung der französischen Regierung erhalten, daß bei der Verlängerung des französischen und spanischen Mandats einer Ueberwachung des Waffensmuggels von deutscher Seite die Genehmigung in der Voraussetzung des Fortbestandes der alten Bestimmung geknüpft wird, indem die geschlossenen Häfen auch von den Schiffen, die den Schmuggel überwachen, nicht angefahren werden dürfen. Nur unter dieser Bedingung hat die deutsche Regierung ihre Genehmigung zu der Verlängerung des Schmuggel-Mandats erteilt. In dem Selbstbuch war diese Bedingung nicht erwähnt.

Eine neue Erklärung Professor Bernhards.

Vor einem überfüllten Saal gab Professor Bernhard in seiner Vorlesung am Mittwoch folgende Erklärung ab:

„Ich danke Ihnen allen, meine Herren, besonders denen, welche so freundliche Briefe an mich geschickt haben, da ich diese in den heißen Tagen nicht beantworten konnte.“

Man steht aber gerade dann die Menschen, auf die man sich verlassen kann. Meinen Dank will ich dahin zusammenfassen, daß ich nach ganzen Kräften an dieser

Stelle meine Pflicht tue und für die Jugend in diesem schönen Amte wirde. (Beifall.) Er herrscht große Aufmerksamkeit auf meine Rede. Sie haben alle den Wunsch an Schwarzem Brett gelesen. (Scharren.) Ich möchte Ihnen nur folgendes erzählen:

Es hand darin, daß er mit Genehmigung des Vorsitzenden der Kommission angefragt worden ist. Das ist falsch, denn der Vorsitzende hat den Anschlag überhaupt nicht gekannt. Ich sage dies nicht, um die Stimmung zu verärgern, sondern nur, um ein Bild von der Aufregung zu geben, in der sich diese Herren befinden.“ (Beifall.)

Sodann ging Professor Bernhard auf das Thema seines Vortrages über.

Bauverwaltung und schwarze Listen.

Eine Aufsehen erregende Mitteilung bringt die „Deutsche Industriebeamten-Zeitung“. Auf Grund authentischer Mitteilungen erbringt sie den Beweis, daß das System der schwarzen Listen, über dessen Mißbrauch in der Privatindustrie mit Recht vielfach geklagt wird, nicht nur dort, sondern auch bei einer öffentlichen Behörde der sog. Bauverwaltung, eingebürgert ist, und zwar mitten in die schwarzen Listen in erster Linie gegen die bei der Bauverwaltung auf Privatdienstvertrag angestellten Bautechniker, Architekten, Landmesser, Zeichner usw. Schon einer von ihnen aus irgend einem — oft nur geringfügigen — Grunde sich mißliebige gemacht hat und deshalb pfändlich ist, ergeht gegen ihn ein Geheimverbot an sämtliche Behörden, der seine weitere Anstellung im Staatsdienst unmöglich macht. Die „Industriebeamten-Zeitung“ ist in der Lage, eine ganze Reihe derartiger Erfolge im Wortlaut wiederzugeben. Aus diesen geht hervor, daß es keineswegs nur ehrenrührige oder schwere Vergehen, sondern oft ganz geringfügige Differenzen sind, welche den Fall einer solchen Prohibitivverfügung zur Folge haben. Die Zahl der auf die Liste gesetzten Techniker betrug bei der Bauverwaltung im Sommer 1909 18 Namen und es kamen fast allmählich neue hinzu. Das Anstellungsverbot ist, daß es im Januar 1909 die Interpellation des Grafen v. Hoppeh bezüglich der schwarzen Listen im Reichstag verhandelt wurde, der Minister der öffentlichen Arbeiten ein Rundschreiben an die Behörden erließ, worin es hieß: „Obgleich ich annehme, daß im Bereiche der öffentlichen Bauverwaltung schwarze Listen oder dergleichen nicht geführt werden, so erlaube ich dennoch darüber zu berichten, ob sie bei einzelnen Bauverwaltungen im Gebrauch sind.“

Trotz dieses Schreibens hörten die schwarzen Listenverleiher nicht auf, sondern wurden noch zahlreicher. Man darf gespannt sein, was der Reichstagsler und Ministerpräsident von Bethmann Hollweg, der gelegentlich der genannten Interpellation als damaliger Staatssekretär des Innern eine scharfe Rede gegen die schwarzen Listen hielt, jetzt hierauf sagt. S. T. K.

Verichtigung.

„Die Sturmgenien im Reichstag“. In dem gefrigen Artikel der „Sozial-Zit.“ ist durch ein technisches Versehen eine Zeile fortgefallen, deren Fehlen inoffiziell werden muß. Es soll heißen: „Als der Reichstagsler nach einer Rede des liberalen Sozialdemokraten Dr. David, der als einer der Gemäßigteren in seiner Partei gilt, als einer der sozialistischen Abgeordneten, die den Subventionen unbedingt verwerfen, seine beifällige, durchaus sachliche Rede beendet hatte, nahm Herr von Bethmann Hollweg das Wort und mit ihm nahm das Unheil seinen Lauf.“

Parteinachrichten.

× Zwischen den Provinzialvorständen der fortschrittlichen Volkspartei und der Nationalliberalen Partei in der Provinz Brandenburg ist für die nächsten Reichstagswahlen ein Uebereinkommen dahin getroffen worden, daß in jedem Wahlkreise nur ein liberaler Kandidat aufgestellt wird. Zwischen den beiden Vorständen ist auf gleichzeitige Einigung darüber herbeigeführt worden, welcher der beiden Parteien die einzelnen Wahlkreise zur Aufstellung der Kandidaten überlassen werden. Diese Uebereinkunft wird nunmehr schrittweise den Organisationen der einzelnen Wahlkreise zur Genehmigung vorgelegt werden.

Aus den Kolonien.

Aus Deutsch-Ostafrika wird gemeldet: Der Herausgeber der „Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung“ von Ron und der Buchdruckereibesitzer Klein in Dar-es-Salaam sind auf Grund der gegen sie ergangenen rechtskräftigen Strafurteile des kaiserlichen Obergerichtes zum Gouverneur aus dem Schutzgebiet Deutsch-Ostafrika ausgewiesen worden. Der Staatssekretär des Reichspostalamts hat den Grafen v. Helldorf seine diesbezügliche Mitteilung hin telegraphisch erlaßt, die Ausweisung so durchzuführen, daß den Betroffenen, von denen Herr von Ron keine Gefängnisstrafe in Deutschland abzuhängen haben wird, vorher eine ordnungsmäßige Abwicklung ihrer laufenden Privatangelegenheiten ermöglicht wird.

Ausland.

Die englischen Wahlen.

□ Aus London wird gemeldet: In einem Leitartikel deutet die konservative „Morning Post“ die Möglichkeit an, daß sich die Anhänger der Tarifreform von der unionistischen Partei trennen. Das Blatt erklärt, es sei nicht länger möglich und auch nicht angezeit, den Ernst der Lage zu verkennen, in welche die unionistische Partei in den letzten vierzehn Tagen hineingetrieben worden sei, infolge des un-tunlichen und unglücklichen Vorstoßes Balfours, die Tarifreform und das Budget einem Referendum zu unterbreiten. Die Anhänger der Tarifreform hätten nichts gegen die alte britische Verfassung, gegen die Balfour un-bewußt seinen Schlag gerichtet habe, und würden die alte Verfassung zum Ausgangspunkt ihres nächsten Festhaltens machen. Auf jeden Fall müßten sie unerschrocken darauf bringen, in ihrer Vereinigung mit der unionistischen Partei freie Bahn zu geben. — Das liberale Blatt „Daily News“ schreibt, Balfour habe am Montag in seiner Rede in Dorchester seine Niederlage zugegeben und sich darin gefunden, daß das nächste Parlament die Ver- bote annehmen werde, und fügt hinzu, Balfour sei voll-

Gerichtsverhandlungen.

Die Moabiter Straßenkrawalle vor Gericht.

S. & H. Berlin, 14. Dez. 1910.

Die jüngsten Sturmszenen im Reichstage, die in Folge der erneuten Stellungnahme des Reichstanzlers zu den Moabiter Krawallen ausgeführt wurden, machten sich heute in einem enormen Andränge des Publikums zu der Prozessverhandlung in Moabit bemerkbar. Eine große Anzahl von Schülern sorgte vor dem Portal des Alten Kriminalgerichts, in dessen großen Schauergerichtssaal die Verhandlungen jetzt stattfinden, dafür, daß nicht Unbesetzte in das Gericht gelangten. Die Zuhörer mußten sich vor Eröffnung des Sitzungssaals auf dem Trottoir Quere bilden und die vielen Hunderten bildeten infolgedessen eine lange Menschenkette, die ihrerseits wieder die Aufmerksamkeit des übrigen Publikums erzeugte und den Anbruch nur noch verzögerte.

Die Verhandlung beginnt mit längeren Erörterungen über die Verpfändung des getrennt eingehend vernommenen Journalisten Steinberg. Er gibt eine für die Berliner Presse bestimmte Stellungnahme heraus, aus der die Blätter ihr Material über die Vorgänge im Leben der Berliner Polizei schöpfen, während die Korrespondenz sonst über Worte, Einwürfe, Anglistikfälle und dergleichen berichtet, hat sie während der Moabiter Krawalle aus hiesiger Schilderungen vertrieben, die nach Meinung der Berliner nach der Polizei impliziert oder doch so gehalten werden, daß sie die angelegten Verleumdungen von Polizeibeamten verschwiegen. — R. A. Heine macht gegen die Glaubwürdigkeit des Zeugen Steinberg und seiner Berichte geltend, daß gegen diesen Journalisten einmal ein Meineidsverfahren geschickt habe, das allerdings mit seiner Freipropaganda gendert habe. Doch seien in den Akten so viele Angaben über die journalistische Tätigkeit dieses Zeugen, der danach schon mehr als ein Privatdetektiv auspropagiert sei, enthalten, daß er die Herbeiführung dieser Akten bestritten müsse. — Der Journalist Steinberg tritt diesen Angaben mit Entrüstung entgegen.

Es folgen dann längere Auseinandersetzungen über die Glaubwürdigkeit der Berichte des Zeugen.

Das Urteil im Bonner Studentenprozeß.

r. m. Aus Bonn wird uns gemeldet: In dem Prozeß gegen Angehörige vom Bonner Korps wegen Transportgefährdung wurde der Angeklagte Queller (Leutnant) freigesprochen, weil eine Transportgefährdung nicht nachgewiesen sei. Baumann (Knechte) wurde zu 30 M. Geldstrafe, Weiß (Weispfaffe) zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Die Restgenannten waren geständig, auf den Maschinen gefahren bzw. Schaffnern die Milch vom Kopfe gerissen zu haben.

Provinzial-Nachrichten.

Die neuen Portland-Zementwerke „Saale“

In Granau bei Nietleben sind jetzt in ihrem Bau soweit vorgeschritten, daß die Außenwände der gewaltigen Hohlkonstruktionen zur Zeit mit Steinen ausgemauert werden. Zwei mächtige Schornsteine sind schon längere Zeit fertig, der eine trägt oben die weithin sichtbare Aufschrift „Saale“. Das Werk der Gesamtanlage weist ganz wesentlich von dem sonst üblichen Fabrikstil ab und macht einen wohlgefälligen Eindruck. Vorn befindet sich das Bewerkungs- und Abfüllgebäude, die im Aufzuge hergestellt und mit roten Ziegeldächern versehen sind. Später sollen zwischen diesen und der Fabrik größere Gartenanlagen mit grünen Rasenflächen angelegt werden, die das Ganze mit verschönern helfen.

Die Fabrik hat vom Bahnhof Nietleben aus Anschlußgleis, außerdem wird sie aber auch ihre Produkte auf dem billigeren Wasserweg der Saale transportieren. Das Rohmaterial wird durch eine Dampflokomotive zur Vorzerkleinerung geführt und dort von Maschinen verfeinert. In der neuesten Konstruktion bis zur Feinheit verarbeitet. In großen Maschinen werden diese feinen Teilchen mit Wasser zu einem Schlamm verübert, der dem Drehen zugeführt wird. In diesem Ofen wird die schlammige Masse zu feinen Harzen Körnern, den sogenannten Klümpchen genannt. Diese werden der Hauptmühle zugeführt, wo sie in Zement vermahlen werden. Von der Mühle gelangt der Zement in das Silo, eine Vorratskammer, von der aus die Verpackung in Säcke oder Fässer erfolgt. Gleisanlagen zu beiden Seiten des Silos ermöglichen schnelle Verladung.

Der ganze Betrieb ist derartig eingerichtet, daß Sandarbeit fortfällt, abgesehen von den Arbeiten im Steinbruch, und im übrigen nur eine Bedienung der einzelnen Maschinen notwendig wird. Der intelligente Arbeiter wird hier mehr seine Kopfarbeit betätigen, für viele wird ein neuer Zweig des täglichen Broterwerbs eröffnet. Eine Stauplätze, die teurer als Zementfabriken älteren Systems verurteilen, soll beim neuen Betriebe völlig ausgeschlossen sein. Die Bewohner der Umgebung (der nahen Großstadt) und die zahlreichsten Feldbesitzer haben also nichts zu fürchten.

Thüringer Oberverwaltungsgericht.

Gera, 12. Dez. Der Staatsrat über die Errichtung eines gemeinsamen Thüringischen Oberverwaltungsgerichtes wird demnächst abgeschlossen werden. Das Oberverwaltungsgericht wird dem gemeinsamen thüringischen Oberlandesgericht in Jena angegliedert werden. Mit Ausnahme der beiden rheinischen Staaten, die sich, Witterungsbedingungen zufolge, aus besonderen Gründen an das Oberverwaltungsgericht des Königreichs Sachsen anschließen werden, werden alle thüringischen Staaten an dem Oberverwaltungsgericht teilnehmen. Der Hauptwert der Schaffung dieses neuen Gerichtes liegt nicht darin, daß fortan Beschwerden gegen amtliche Stellen nicht mehr von vielen selbst erledigt werden, ein Zustand, der bisher zu mancherlei Mißständen und Mißdeutungen geführt hat.

Neue Erkrankungen.

Gießen, 13. Dez. Hier sind vier Familien nach dem Tode von Margarine erkrankt, die sie von der Firma M. & S. Co. in Auen-Osternien bezogen hatten. Die Kriminalpolizei hat Untersuchungen vorgenommen und bei einer Familie noch zehn Pfund Margarine vorgefunden, die sie beschlagnahmt.

kommen berechtigt, zu erklären, daß er die Bill aufheben werde, sobald er wieder zur Macht gelangt. Das Blatt glaubt aber nicht daran, daß er jemals die Genehmigung der Nation hierzu erhalten werde. — Der konservativste „Daily Telegraph“ bezieht das Verprechen Balfours, der Annahme der Weisheit im Parlament einen lauten, entschlossenen Widerstand entgegenzusetzen.

Eine Depesche meldet weiter:

London, 14. Dez. Für die Volksparteien sind bisher 2000 000 Stimmen abgegeben worden, während die Peers zu 1875 000, also 211 000 weniger erschienen, und zwar trotz des ihnen günstigen Wahlsystems. Gegenwärtig hat der Bloc der Linken 61 Vertreter mehr als die Torypartei. Wenn bei den letzten Wahlen diese Verhältnisse eintreten, steht eine Mehrheit von 124 Stimmen gegen die Tories, zwei Stimmen mehr als im aufgeloßten Parlament.

In Dundrum, einem äußeren Bezirk von Dublin, brach bei einer Wahlversammlung von Nationalisten der Fußboden der Versammlungshalle ein und an hundert Personen kürzten zwölf Fuß tief ins Erdgeschloß. Die Panik unter dem in die Tiefe gestürzten Menschenhaufen war entsetzlich. Man konnte das Geräusch der Verletzungen nicht hören. In dem Erdgeschloß fanden vier Tote, auf die vier Opfer fielen. Sie wurden wach und erlöseten so den Schrecken. Sechs Personen wurden tödlich verletzt.

Unruhen in Ostmarokko.

§ Aus Paris wird gemeldet:

Aus der Gegend von Udscha in Ostmarokko nahe der algerischen Grenze kommen neue Nachrichten von drohenden Verwicklungen mit den dortigen Araberstämmen, die erklärt haben sollen, sie würden ein Ueberlegen französischer Truppen auf ihr Gebiet nicht dulden, sondern zu den Waffen greifen. Aus dem Süden gekommenen Marabuts führten die Bewegung, und räumliche Verhältnisse hätten französische Schutztruppen schon mehrfach gedrängt. In dem von den Franzosen besetzten Fessan im Taziriet verhalte man sich daher äußerst wachsam. Man konnte das Gerücht der Kompanie der algerisch-marokkanischen Grenzpolizei in der Stärke von 200 Mann rekrutiert worden, von denen 50 den Dienst zu Pferde versehen. Die Leute sollen gute militärische Eigenschaften an den Tag legen.

Kleine Caesarsnachrichten.

Waffenstillstand in Tripolis.

Aus Konstantinopel wird berichtet: Die französische Regierung hat auf der Fichte die Befriedigung abgegeben, die Konzentrierung von Truppen im südlichen Hinterland von Tripolis verfolge nur den Zweck, den Waffenstillstand in Tripolis nach den französischen Gebieten zu verhindern; die Fichte habe diese Befriedigung für hinreichend befunden.

Mexikanische Banden.

Aus Washington meldet man: Wie der hiesige mexikanische Botschafter erzählt, fielen Dienstag mexikanische Truppen bei Cuernavaca (Provinz Chiuhuahuaca) auf eine revolutionäre Bande, von der siebzig Mann getötet sowie viele verwundet und gefangen genommen wurden. Die Regierungstruppen verloren 150 Mann.

Halle und Umgebung.

Halle, den 13. Dezember.

Der Nationalliberale Verein

hatte zum gestrigen Abend eine öffentliche Versammlung nach dem Tunnell der „Kaiseräle“ einberufen, die in jeder Weise einen glänzenden Verlauf nahm. Der Saal war dichtgefüllt mit Zuhörern, und der Vortrag des Reichstagsabgeordneten Stresemann, der in einer zweifelhäufigen nach Form und Inhalt gleich ausgezeichneten Rede die gegenwärtige politische Lage behandelte, fand begeisterten Wiederhall.

Herr Landtagsabgeordneter Justizrat Dr. Reil hatte den Abend mit einer kurzen Begrüßungsansprache eröffnet. Er bemerkte darin, daß der nationalliberale Verein mit guter Absicht, nachdem man gerade vor einem Jahr in Halle den unglücklichen Wahlkampf gestempelt habe, die ganze Zeit über nicht an die Öffentlichkeit getreten sei, um nach der Franzosenzeit und in ihrem Ergebnis wenig erhebenden Kampagne den Wählern Ruhe zu lassen. Aber die Zeit der Ruhe sei nunmehr vorbei. Zusammen mit dem würdigen Jungkammerling Verein wolle der Nationalliberale Verein von neuem an die Öffentlichkeit treten und u. a. nach Weihnachten auch eine Reihe Vorträge veranstalten, deren kraftvoller Beginn die jetzige Versammlung darstelle.

Danach nahm Herr Reichstagsabgeordneter Stresemann das Wort. In passenden Ausführungen wies er auf den Wert der Blokopolitik, erläuterte Willows und Denburgs Bedeutung, und kennzeichnete die letzten Zeichen der Zertrümmerung der Blokopolitik und des Sturzes des Kanzlers. Weiter kritisierte er in großen Zügen die parlamentarischen Vorgänge der jüngsten Tage, sowie die augenblicklich zur Beratung stehenden Gesetzesentwürfe und legte die Haltung seiner Partei dar, die sich in ihrer Politik dabei treu gehalten sei. Mit einem Ausblick auf die künftigen Wahlen schloß er seinen Vortrag, dem minutenlang, sich immer wieder erneuernder Beifall folgte.

Wir kommen auf die Ausführungen im einzelnen zurück.

Die Verpflichtung zum Besuche ländlicher Fortbildungsschulen

betrifft eine neue Anordnung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten an die beteiligten Regierungs-Präsidenten, die sich veranlaßt durch ein Urteil des Kammergerichts, dem der Minister ausdrücklich beipflichtet.

Er führt aus, daß es in der freien Entscheidung der Gemeinden liege, ob sie die Verpflichtung zum Besuche einer ländlichen Fortbildungsschule nur den Wohnort oder auch den Ort der regelmäßigen Beschäftigung maßgebend sein lassen wollen. Kommen

für einen Fortbildungspflichtigen zwei Schulen in Frage, so wird ihm die Wahl zu lassen sein, welche er besuchen will. Hat nur eine der beiden in Betracht kommenden Gemeinden den Schulzweig eingeführt, so wird darauf hinzuwirken sein, daß sowohl die am Orte wohnhaften als auch die in ihm regelmäßig beschäftigten, im fortbildungspflichtigen Alter stehenden männlichen Personen dem Besuchszwang unterworfen werden. In dem Ortsstatut ist diese Absicht deutlich zum Ausdruck zu bringen. Die Begründung des Gesetzes von 1904 ergibt, daß den Gemeinden völlige Freiheit gelassen werden sollte, ob sie die Verpflichtung an den Wohnort oder den Ort der Beschäftigung knüpfen wollen. Auch die Beratungen des Gesetzentwurfs haben eine abweichende Ansicht nicht gezeigt. Das Gesetz selbst legt eine bestimmte Verpflichtung der zum Besuche Verpflichteten nicht vor. Darin liegt ein wesentlicher Unterschied gegenüber den Fortbildungsschulen, die nach der Reichsgewerbeordnung eingeführt werden.

In ähnlichen Streitfällen sollen sich die Regierungspräsidenten mit der zuständigen Staatsanwaltschaft in Verbindung setzen, um eine Entscheidung des Kammergerichts herbeizuführen.

Post-Veränderungen.

Berest sind die Postdirektoren Jinger von Bad Wildungen nach Weipenfels, Anshaus von Weipenfels nach Neumburg, der Postmeister Knau von Düssen nach Ertner, der Postmeister von Einem von Halle nach Berlin und der Ober-Postassistent Schäfer von Zöbich nach Wittenberg.

Vertreten ist der Charakter als Postmeister der Ober-Postassistent Mohr in Delitzsch, Neuschwanm in Halle, ferner der Titel Ober-Postassistent den Postassistenten Walter in Weipenfels und Wüger in Schmiedebach.

In den Ruhestand tritt der Postmeister Friedrich in Raasdorf.

Gehtorden ist der Postverwalter Kubisch in Dommitzsch.

Ein sehr hübscher Meinertrag ist das Ergebnis des diesjährigen Künstlerfestes im Stadttheater. Wie wir hören beträgt die in den Pensionsfonds des Stadttheaters stehende Summe über 5000 Mark.

Patent-Erteilungen. Firma Scheller u. Schreiber, Halle a. S., Formmaschine für Margarine und ähnliche Massen. Gebrauchsmuster-Eintragen. Ludwig Götter, Halle a. S., Journalmappe. Louis Böler, Halle a. S., Wandbehälter zum Wärmen von Bierwürmern.

Theater, Konzerte und Vorträge.

Ein Weihnachtskonzert vom Besten der Arme der Neumarkt- und der Paulusgemeinde findet am 18. Dezember, um 7 1/2 Uhr in der Stephansstraße unter Mitwirkung der Frau Professor Schmidt-Sagen (Sopran), des Herrn Reichert (Tenor), des Herrn Dr. Cramer (Cello) und des Herrn Organisten Wurf Schmidt (Orgel) statt. Billets werden bei den letztgenannten, sowie in der Musikalienhandlung von Holtz und an den Kirchorten abgegeben.

Vereins- und Versammlungsnachrichten.

Lehrerverein Halle-Süd. Nächste Sitzung, Sonnabend, den 17. Dezember, nachmittags 3 Uhr, in der Paulus. Tagesordnung: 1. Aus Reuters Leben und Dichtung (Lehrer Schnow-Diemlich). 2. Der Lehrer als Schöpfer. (Lehrer Scharte-Gröbers). 3. Gesang. 4. Geschäftliches.

Evangelischer Bund zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen. Freunde des Evangelischen Bundes versammeln sich Freitag, den 16. Dez., abends 6 1/2 Uhr, im Schulhof, Poststraße, zu der üblichen Aussprache über Ereignisse der neuesten Zeit. Evangelische Damen und Herren sind willkommen.

Entomologische Gesellschaft zu Halle a. S.

In der jüngsten Sitzung der hiesigen „Ent. Ges.“ sprach Herr Rosenbaum über die Stammesgeschichte und die heutigen Formen der echten Schmetterlinge (Neuropteren). Die Neuropteren — dazu gehören Schmeißfliegen, Ameisenlöwen, Schmetterlingshülle, Florfliegen, Köcherfliegen u. a. — sind heutzutage die orientiertere Insektenordnung. Schon ihr sehr ursprünglicher Bau deutet auf ein hohes erdgeschichtliches Alter, und die paläontologischen Funde bekräftigen diese Ansicht; viele dieser Insekten sind überhaupt die älteste Insektenordnung dar. Die Köcherfliegen (Meganopteren) gelten allgemein als Vorfürker der Schmetterlinge; nach neueren Untersuchungen sind jedoch erdseht es jedoch einleuchtender, die Schmetterlinge von den Kamelstfliegen (Manopteren) abzuleiten. In einer Sammlung von fester Vollständigkeit ging Johann der Vortragende die noch jetzt in Deutschland vertretenen Formen durch, zum Vergleich aber auch Arten aus Stalien, Ostafrika und Neu-Guinea vordienend. Von höchsten wissenschaftlichem Interesse ist, daß die 1899 von Burmeister aufgestellte, nur je einmal in Holland und Schweden aufgefundenen *Plectra dipetra* im Juni in der Götische erbeutet wurde! Ferner, daß die letzte *Siphra terminalis* hier gemeint ist, weil der *Siphra*schwarzwamm, in dem ihre Larven sich entwickeln, in der Saale häufig vorkommt. Ueberhaupt überberst das Hallische Raumgebiet eine ganze Anzahl seltener und allgemein interessanter Weisfliegen. So den in Gladbach schwarzen den Contopterygaleoformis, den in der Rüsselung häufigen dem Vitacans tipularis, der seine Raupe, eine Schmale (Tipula), nachschmeißt, und andere mehr. Herr Reine zeigte Maisförmner mit frischblühenden des Kornfliegers *Calandra oryzae*; Herr Meyer eine Kusnacht *Benzen*, darunter die schon hause *Birona cornuta*, die als Hauptpest eines argen Imerstfliegens, des Blattfliegers *Galerucella luteola*, nützlich und daher zu schätzen ist, wie erst kürzlich festgestellt wurde. — Herr Bauerdarmann legte nicht weniger als 6 bei gewöhnlicher Faltung, ohne jede künstliche Beeinflussung erzielte Abarten des kleinen *Grünen* (*Caenosa urticae*) vor, darunter die dar. polaris, die im hohen Norden heimlich ist und in Deutschland bisher nur künstlich (im Rüsselkäfer) erzeugt werden konnte. — Herr Haupt sprach über die Schlafmispengattungen *Chalcidus*, *Phyllo* und *Talasia*, die sämtlich zu der Familie der Pimplidae gehören und sich durch einen außerordentlich langen Bohrer auszeichnen, mit dem sie ihre Eier in Holz sitzende Borklöcher und Holzpensternchen zu vertiefen vertheben. Die erste Gattung ist in der Saale gar nicht selten, und mandem Spätagereger wird schon ein auf einem Baumstumpf sitzender reifenköcher.

Vollzählung.

v. Bismarck, 14. Dez. (Volls- und Viehzählung.) Hier wurden 270 Bewohnte und 9 unbewohnte Häuser mit 614 Haushaltungen gezählt. Darin wohnten 1376 männliche und 1384 weibliche Personen, zusammen 2710. 1905 zählte Bismarck 2216 Einwohner. Die Zunahme beträgt also 22 Prozent. In 288 Gehöften waren 208 Haushaltungen mit Viehland. Es wurden 49 Pferde, 67 Rinder, 25 Schafe und 884 Schweine gezählt.

Stieteln, 14. Dez. Das vorläufige Ergebnis der Volkszählung stellt für unsere Stadt, was nicht überraschen kann, einen Rückgang der Einwohnerzahl von 25 121 im Jahre 1905 um 492 auf 24 629 fest. Die Ursache dieser bedauerlichen Einbuße ist zweifellos in den durch der vorjährigen Streit hervorgerufenen Abwanderungen unserer arbeitenden Bevölkerung zu suchen.

Elektrische Bahn.

München, 12. Dez. Um die Ausführung der elektrischen Fernbahn Merseburg-Mücheln werden bis bekanntlich zwei Firmen, nämlich die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft und die Firma Bergmann u. Co. Beide Projekte haben bereits in den in Frage kommenden Gemeindeämtern zur öffentlichen Einsicht ausliegen. Wie wir nun erfahren, sind recht zahlreiche Einsprüche erhoben worden, sowohl von Interessenten des Querstrahls als auch des Merseburger Kreuzes, und es wird wohl noch eine geraume Zeit vergehen, ehe die gültige Bescheide ihre Fertigstellung darüber getroffen hat, welcher von beiden Firmen die Erlaubnis zum Bau der Bahn zu erteilen sei.

Hofendorf, 13. Dez. Freitag abends 8 Uhr findet im Restaurant „Stadt Halle“ die Sitzung der Gemeinde-Versammlung statt.

Merseburg, 13. Dez. (Zum projektierten Bahnbau Merseburg-Jöhren) soll nach einem Antrage der Staatsregierung der Kreis 150 000 Mark Beihilfe zu den Grundbesitzlosen leisten. Der Antrag wird den nächsten Kreisrat beschließen. Die Kohlengrubenbesitzer sollen 75 000 Mark, die beteiligten Gemeinden und Güter 35 000 Mark und Stadt wie Kreis Merseburg je 20 000 Mark beitragen.

Corbeia, 12. Dez. (Ein Raubfall) wurde an einem Merseburger Gymnasialen am Freitag abend zwischen Spargau und Bahnhof Corbeia an der Unterführung der Leipziger Bahnstraße verübt. Der Ueberfallene wehrte sich kräftig und bearbeitete den Räuber tüchtig. Leider gelang es diesem, zu entkommen, als sich ein Radfahrer näherte. Schon mehrere Abende vorher hatte man dort verdrängte Personen bemerkt, die sich Signale gaben.

Leuzschenthal, 14. Dez. (Zwei Stacheldorn verwickelt.) Die aus dem benachbarten Eisborn kommende, in einem Hotel in Wallenried am Samstag in Diensten stehende Köchin Elise Ballmann war dort vor einigen Tagen mit Briefschreibern beschäftigt. Hierbei muß sie wohl leichtsinnigerweise zwei Stacheldornen in den Mund genommen haben. Als sie dann plötzlich gefahren wurde, verwickelte sie die Federn. Unschonbarerweise legte sie weiter seinen Wert darauf, sich nicht heftige Schmerzen einzulassen, die schließlich ihre Ueberführung nach Göttingen in die Klinik nötig machten, wo sie schwer trankrieditet.

Namberg, 12. Dez. (Fürstliches Geschenk.) Wie alljährlich Weihnachten erhielt auch dieses Jahr Ober-Bahnhofsvorsteher Probst hier vom Prinzen Waldsee von Preußen ein Weihnachtsgeschenk und zwar ein paar goldene Manschettenknöpfe mit dem Monogramm des Prinzen, sowie Frau Probst ein altes Bild, Friedrich Wilhelm III. darstellend.

Mücheln, 14. Dez. (Einen zweifachen Mordverbrechen) verübte hier der Eisenbahner Paul Nordmann an der 20 Jahre alten Ehemann, die ein Kind von dem erst 13jährigen Menschen hat. Er lauzerte dem Mädchen, das gestern früh in Begleitung eines Bruders und einer Schwester zur Arbeit ging, an der Bahnunterführung an der Schieferdecker Straße auf und gab drei Schüsse auf sie ab, jedoch ohne zu treffen. Darauf entfloh er und nahm seinen Weg über die „Speckste“. Am Abend wartete er wieder an derselben Stelle auf das Mädchen und schuß noch einmal nach ihr, traf sie aber wieder nicht. Die nun vor den Vorfall in Kenntnis gesetzte Polizei nahm gestern abend noch den rätselhaften Surfen fest. Ueber das Motiv zur Tat ist noch nichts Bestimmtes festgestellt.

Chemnitz, 14. Dez. (Selbstmord eines Arztes.) Der hiesige praktische Arzt Dr. Brändner wurde dieser Tage über einen Vorfall vernommen, der sich in der ärztlichen Sprechstunde zutrug. Brändner soll sich an einem 15jährigen Knaben in unglücklicher Weise vergangen haben. Er wurde jedoch zunächst auf freiem Fuße belassen. Gestern abend enterrte sich nun Dr. Brändner aus seiner Wohnung und kehrte nicht wieder zurück. Heute früh fand man ihn in einem Walde bei Chemnitz tot auf. Er hatte sich durch einen Dolchstoß das Leben genommen.

Kunst und Wissenschaft.

Zu den Differenzen

an der Technischen Hochschule in Hannover

wird uns noch gemeldet:

Hannover, 14. Dez. Die Differenzen an der Technischen Hochschule haben sich zugepunkt. Die Studentenverbände haben folgende Resolution gefaßt:

„Das der Abschied des Professors Dr. Ing. Barkhausen im Zusammenhang mit seinem energischen Eintreten für die akademischen und Lehrfreiheit im Gegensatz zu anderen Beziehungen in seiner Absetzung erfolgt ist, erfüllt die Verfassung mit heftigem Bedauern. Die Studenten halten es nach wie vor für ihre Pflicht, für die akademische Freiheit, ihr unverletzliches Recht, in jeder Weise einzutreten.“

Von den Professoren, gegen die sich diese Kundgebung in erster Linie richtet, haben die Geheimräte Danneberg, Arnold und Stopp ihre Vorlesungen vorläufig eingestellt.

Hochschulnachrichten.

Das karolinische Institut in Stockholm, die medizinisch-chirurgische Hochschule, bezieht am Dienstag die Feier des hundertjährigen Bestehens, zu der erschienen waren der König und die Königin, der Kronprinz und die Kronprinzessin sowie die übrigen Mitglieder der königlichen Familie, ferner der Ministerpräsident und der Kultusminister, die Nobelpreis-träger Professoren Rossby, van der Waals und Röntgen sowie eine große Anzahl sonstiger Gelehrten und Vertreter ausländischer Universitäten.

Eine Fatale Gerhart Hauptmanns.

Gerhart Hauptmann veröffentlicht im Theaterjahrbuch des Verbandes deutscher Bühnendirektoren, das in den nächsten Tagen durch den Concordia-Verlag in Berlin unter dem Titel „Die Kämpfe“ zur Ausgabe gelangt, die folgende kleine Satire: Papiernes Zeitalter.

Der Papiere spricht:
Ich bin Papier, du bist Papier,
Papier ist zwischen dir und mir,
Papier der Himmel über dir.
Die Erde unter dir Papier.
Wißt du zu mir und ich zu dir:
Hoch ist die Mauer von Papier!
Doch endlich bist du dann bei mir,
Drückt dein Papier an mein Papier:
So ruhen Herz an Herzen wir!
Denn auch die Liebe ist Papier. —
Und unter Paß ist auch Papier:
Und manchmal wagt ich nicht mehr vier:
Ich schwöre dir, es ist Papier.

Milionenprose um einen Belasquez.

Wien, 14. Dez. Ein Millionenprose liegt in der Familie Parma vor. Herzog Elias von Parma verkaufte vor kurzem einen echten Belasquez, ein Porträt Philipps IV. von Spanien, um 2 Millionen Kronen an einen englischen Kunstfreund. Es war das wertvollste Bild, das die Familie Parma im Jahre 1859 bei der Aufteilung der Galerie des Herzogs Robert von Parma rettete. Bei dem vor 10 Jahren erfolgten Tode des Chefs der Familie Parma, des Herzogs Robert, wurde das Bild mit einem ganz geringen Werte in das Nachlassinventar aufgenommen und bei der Vermögensverteilung unter die 21 Kinder des Herzogs Robert dem Herzog Elias zugewiesen. Da nunmehr der große Wert des Bildes den Familienmitgliedern bekannt wurde, forschten die Geschwister des Herzogs nach als auch die Mutter des Herzogs Elias die damalige Verteilung an und fordern ihren Anteil an dem Verkaufspreis des Bildes. Der Zivilprozeß dürfte jetzt in der nächsten Zeit stattfinden.

Vermischtes.

Zum Berliner Raubmord.

Das Scheidungsfall.

Die Ermittlungen der Kriminalpolizei ergaben, daß ein Raubmord mit Sicherheit anzunehmen ist. Es ist festgestellt worden, daß Frau Hoffmann auf einer Bank ein offenes Konto hatte und sich im Verkehr mit ihr eines Scheidungsbuches bediente. Dieses Scheidungsbuch. Mit welcher Bank Frau Hoffmann in Verbindung geblieben hat, war bisher noch nicht zu ermitteln. Es liegt hier im Interesse der Aufklärung die „mysteriösen“ Kasse, doch von der Bank eine Mitteilung an die Kriminalpolizei erfolgt. Es fehlen ferner noch verschiedene „Scheidungsbücher“, die in der Kasse an der Kasse und mehrere Briefe. Ferner fehlen die Schlüssel zu Schließern, die von der Ermordeten stets bei sich behalten wurden und zur Aufbehaltung ihrer Vergegenstände dienten. Diese Schlüssel waren jetzt geöffnet.

Wie die Klauke des Mörders ermöglicht wurde.

Darüber schreibt die „Z. A. am Mittag“: Das Haus Altonaerstraße Nr. 1 der Schenkung des Verbrechen, war den ganzen Vormittag über (Mittwoch) von einer großen Menschenmenge belagert, die den Mord in seinen Einzelheiten besprach. Allgemein war die Verwunderung darüber, daß es dem Mörder gelungen ist, sich nach der Tat in Sicherheit zu bringen. Tatsache ist, doch vielleicht noch niemals bei einem Kapitalverbrechen dem Täter die Flucht so leicht gemacht worden ist wie diesmal. Man würde, daß in der Wohnung der Frau Hoffmann Unschonbarkeiten voran, hörte den Mord förmlich, während er schlief und während der Täter sich noch in der Wohnung befand. Ein Schumann wurde von dem andern damit beauftragt, den hinteren Ausgange zu überwachen, weil man bereits durch anmaß, daß jemand eventuell verlaufen würde, über die Hintertreppe zu fliehen, während von der Bordtreppe aus die Günstigsten aufzubrechen wurde. Hätte dieser Schumann unter Ausschreitung dann wäre der Mörder auf seiner Tat ergriffen worden. Aber die Hausbewohner die den anderen Schumann und die Fortsetzung in die Wohnung der Frau Hoffmann eindringen lassen und anlässlich die Stimme der Frau Hoffmann, tatsächlich aber die verstellte Stimme des Mörders gehört hatten, beeilten sich, dem Schumann auf der Straße zu erklären, daß alles schon erledigt sei und er gehen könne, und dieser tüchtige Beamte, der sonst nicht aemohlt ist, Antrufaktionen von Dienstwachen entgegenzunehmen, leitete diesem „Schicksal“ keine weitere seinen Posten am Wohnansatz und macht dem Mörder die Bahn frei und die Flucht so bequem als möglich.

Die Flamme in Neuenamme.

Seit Montag brennt die Erdgasstelle in Neuenamme wieder, so berichtet die „Neue Sambruner Ztg.“. Kreißlich entbrannt die Flamme nicht mehr unbeschädigt, wie zuerst dem Bohrturm, hat auch nicht mehr den Druck von 36 Atmosphären, sondern brennt als solches flackernde Flamme von 2-3 Metern Höhe oder vielmehr Höhe. Nicht bei dem Verlust entzündete sich einigen Taen Gas aus dem Erdboden, und zwar war es das Gas, das ursprünglich, wie mit ihm verbunden, aus den Versuchsaufnahmen heraus und sich als die abgebrannt waren, einen anderen Versuch machte. Es wurde nun ein erdiger Solutum von dem Verlust erforscht, der bis zur Erde reicht, um alles ausströmende Gas abzuhalten. Das gasartige Gas wird in ein Glasrohr geleitet. Nachdem so das ausströmende Gas wieder in einem Rohr vereinigt worden war, wurde es wieder entzündet und brennt nun mit der 2-3 Meter langen Flamme.

Bei der durchdringlichen Luft ist die Flamme wieder weit zu sehen, bietet aber bei weitem nicht mehr das arandiose Schauspiel wie zuerst. Ueber die Vermutung des Gases ist noch kein Entschluß gefaßt. Die Inaeracanztheit wird wahrscheinlich Freitag den Senat beschäftigen, denn es liegen viele Anzeichen von Antrieben vor, die sich selbst für die Aufhebung interessiert, u. a. aus dem einem bestimmten Aufsteher, der in der Nähe der Versuchsaufnahme eine Meter-Messung erfordern will, da sich das Gas vorzüglich zum Schmelzen eignen soll.

Zu den Erkrankungen infolge Margarine-Genusses.

Wie das Altonaer Polizeiamt auf Anfrage mitteilt, hat die amtliche Untersuchung mit großer Wahrscheinlichkeit ergeben, daß die durch den Genuß von Margarine der Firma Mohr u. Co. her-

vorgeworfenen Erkrankungen auf den Zusatz eines neuen Speisefettes zurückzuführen sind, das bisher in der Margarineherstellung nach nicht verwendet worden ist und das nach der chemischen Untersuchung für die Margarineherstellung als brauchbar angesehen worden ist, offenbar aber doch ein Gift enthält, deren Natur bis jetzt durch chemische Untersuchung nicht festgestellt werden konnte.

Die physiologischen Eigenschaften des fraglichen Speisefettes werden zuerst im Laboratorium des Altonaer Krankenhauses durch Versuche an Tieren erforscht. Seit dem 26. November ist dieses Fett, das sogenannte Carbo-mol, das nur bei der Marke „Bada“ und in ganz geringem Maße bei der Marke „Luisje“ zur Verwendung kam, nicht verwendet worden.

Der „lebende Komet“.

Donntag abend trug sich im Casino de Paris, einem Ringeltanzsal, ein feiner Unfall zu. Die Algerierin Moutana hatte, so meldet ein Telegramm, einen unter dem zugkräftigen Namen der „lebende Komet“ bekannten Aufsprung zu machen, bei dem sie von einem unter der Saabede aufgehängten Trapez auf eine geeignete Fläche fällt und dann auf wieder in die Höhe gleitet, am schließlich von einem Gestirnen aufgelassen zu werden. Sonntag gegen die Sprung etwas zu weit, so daß die Artistin mitten auf die schräge Fläche fiel, und zwar auf das Gestir. Sie blieb liegen und wurde durch Berührungen aufgehoben. Bei näherer Besichtigung zeigte sich aber, daß die Berührungen nur leuchtende Art waren und sich im wesentlichen auf eine gelbliche Kugel beschränkten. Die gelblichen Kometen sind nun vorläufig aus dem Programm gestrichen worden.

Milionenlistung für den Weltfrieden. Aus Washington kommt die Meldung: Wie verlautet, beschäftigt Andrew Carnegie die Stiftung einer großen Geldsumme, man spricht von 10 Millionen Dollar, für eine internationale Organisation, die für den Weltfrieden wirkt. Die Verwirklichung davon soll in den nächsten Tagen bei Eröffnung der Tagung der Amerikanischen Gesellschaft für schiedsgerichtliche Beilegung internationaler Streitigkeiten erfolgen.

Von den Bonner Vorlesern. Die beiden wegen der bekannten Vorgänge zu Festungshaft begnadigten Bonner Vorlesern treten, einem Privattelegramm aus Danzig zufolge, ihre Festungshaft noch vor Weihnachten in Weichselmündung.

Ein Zug mit Schmittern verunglückt. Beim Einlaufen eines Schmittzuges in den Personenbahnhof von Stettin entgleisten am Dienstag drei Wagen und legten sich auf die Seite. Dabei ist ein junges Mädchen tödlich verunglückt. Ein junger Mann erlitt einen einsachen, ein zweiter einen komplizierten Verbruch. Die Aufbäumungsarbeiten sind beendet. Die Leiche des jungen Mädchens wurde nach dem Leichenhause, die beiden verletzten jungen Leute wurden nach dem Krankenhaus gebracht.

Ein origineller Streik wurde am „Tag“ zufolge in Reibach in Unterfranken bei der letzten Volkszählung in Szene gesetzt. Um die Einwohnerzahl nicht auf 300 und damit die Hundsteuer von 3 auf 6 Mark kommen zu lassen, mußten vier Dienstboten in einem Nachbarort nützlich, so daß die Einwohnerzahl des hundertbesessenen Dorfes am 1. Dezember nur 296 Personen betrug.

Letzte Nachrichten.

Zur Kronprinzenreise.

HTB, Berlin, 14. Dez. Das Louis Sicilische Telegraphenbureau erzählt am 14. Dez., daß die Kronprinzenreise der Kronprinzen keine Ausdehnung erfahren wird. Seitens des Kronprinzen bestände auch nicht die Absicht, an Bord des Kreuzers „Gneisenau“ eine Küstenfahrt um Afrika zu unternehmen. Die Küstenreise wird auf schnellstem Wege mit der sibirischen Eisenbahn erfolgen.

Die Wahlen in Griechenland.

Athen, 14. Dez. Nach den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen wird die Regierung bestimmt mit einer großen Mehrheit für Venizelos rechnen können. Von den zu wählenden 364 Abgeordneten der Doppelkammer sind bereits ungefähr 260 Anhänger Venizelos gewählt. Somit würden die Reformpläne der Regierung durch eine große Majorität getragen werden. — Die Revisionstamm tritt am 8. Januar zusammen.

Berlin, 14. Dez. Die Meldung, daß im Straßburger Bundesratsauschuß Schwierigkeiten bezüglich des Besatzungsentwurfes für die Reichslande entstanden sind und die dafür bekannt gegebenen Gründe, entbehren, wie wir aus besser Quelle erfahren, jeder Unterlage.

Zabrze, 14. Dez. Auf der „Konordia“-Grube entstand infolge eines Inbruchs eines Kohlenbeines eine heftige Erdberschütterung. Einige Bergleute wurden in der Grube eingeschlossen und konnten nur nach langen Rettungsarbeiten begeben werden.

Wien, 14. Dez. Der bekannte Gerichtspsychiatrer Professor Dr. Fritsch ist heute im 63. Lebensjahre an Gehirnlähmung gestorben.

Beresteg, 14. Dez. In der Budgetkommission der Reichsдума kündigte der Finanzminister eine Vorlage an über Tilgung von 45 Millionen Rubel Staatsanleihen mit hohem Zinsfuß vor Ablauf des Fälligkeitstermins und wies weiter auf die Befreiung der Bilanz der Staatsanleihen hin, die eine Mehreinnahme von zwei Millionen und eine Minderausgabe von 2½ Millionen Rubel in diesem Jahre aufweise.

Unterhaltungsblatt.

Auffachwaben Grund. Roman von S. Abt. (Fort.) — Die fixe Idee. Skizze von Gust. Jung-Weipig. — Literatur.

Verlag Wilhelm Georg. Verantwortlich für den politischen Teil Wilhelm Georg; für den isolaten Teil, für Provinzialnachrichten, Gerichte, Sendel: Eugen Brinkmann; für Ausland und Letzte Nachrichten: Karl Meiner; Peniketon, Vermischtes u. M. Martin Neuchwanger; für den Inseratenteil: H. Albert Paris. Druck und Verlag von Otto Henkel. Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. — einschließliche Unterhaltungsblatt.

